

Arbeit nach 65: So schröpft uns der Fiskus

Wer nach der Pensionierung freiwillig weiterarbeitet, muss massiv mehr Steuern zahlen. Oftmals kommt es zu einer Verdreifachung. Mit der Rentenreform wird dieser Missstand zum Teil noch vergrössert



HELVIN MURRAY / GETTY IMAGES

Der Schweiz droht ein Mangel an Fachkräften. Heute jedoch arbeiten erst 12% der Personen über 65.

Albert Steck

Trotz der aufgeheizten Debatte um die Rentenreform: In einem Punkt stimmen Gegner und Befürworter überein. Das freiwillige Arbeiten nach 65 soll sich lohnen. Denn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer erreichen bald das Pensionsalter. Bereits in zehn Jahren fehlen der Schweiz eine halbe Million Beschäftigte.

«Damit die Volkswirtschaft auch künftig wachsen kann, müssen die älteren Arbeitskräfte länger produktiv bleiben», sagt Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik der Universität Freiburg, «unser Sozialstaat ist davon abhängig, dass der gesamte Kuchen auch künftig grösser wird.» In den letzten Jahrzehnten trug die steigende Erwerbsquote der Frauen massgeblich zum höheren Wohlstand bei. Doch dieses Potenzial ist inzwischen weitgehend ausgeschöpft. Und die offenen Stellen mit Zuwanderern zu besetzen, wird auch bei einer laschen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative schwieriger.

Als einer der Ersten hat der Pharmakonzern Roche auf die drohende Knappheit an qualifizierten Mitarbeitern reagiert.

Bruno Weissen, Leiter Personal für Basel und Kaiseraugst, rechnet vor, dass innert zehn Jahren ein Viertel der Belegschaft in Rente geht: «Um dieses wertvolle Know-how im Betrieb zu halten, haben wir neue Arbeitsmodelle für über 65-Jährige entwickelt. Diese geben den Mitarbeitern mehr Wahlmöglichkeiten.»

Gesalzene Steuerrechnung

Angehende Rentner werden zunehmend umworben. Doch die gesalzene Steuerrechnung lässt sie vor einer weiteren Beschäftigung zurückschrecken. Bereits bei einem Einkommen von 90 000 Fr. springt die Steuerbelastung auf das Dreifache: Eine alleinstehende Person, wohnhaft in Bern, entrichtet dem Fiskus vor der Pensionierung rund 13 300 Fr. Als Rentner sinkt dieser Betrag nur wenig, auf 11 800 Fr., weil ohne Berufstätigkeit auch die Steuerabzüge wegfallen.

Bei einer Weiterarbeit dagegen verlangt der Fiskus plötzlich 34 300 Fr. - denn die Summe von Lohn und Renteneinkommen führt zu einer massiv höheren Steuerprogression. Hinzu kommen die weiterhin zu bezahlenden AHV-Beiträge. Diese sind nach der Pensionierung nicht

mehr rentenbildend und erhalten somit ebenfalls den Charakter einer Steuer. Damit steigt die gesamte Belastung auf 38 100 Fr. Von der Rente geht also fast die Hälfte wieder zurück an den Fiskus. Die hohe Progression hat überdies zur Folge, dass die Steuerrechnung für das Eigenheim zunimmt (vgl. Tabelle).

Wer das Rentenalter erreicht, hat erstmals die freie Wahl, ob er arbeiten will oder nicht. «Umso abschreckender wirkt eine hohe Steuer in dieser Altersgruppe», erklärt Jörg Odermatt, Geschäftsführer der Firma PensExpert, «in der Praxis erlebe ich oft, dass sich Leute, die der Arbeitgeber weiterbeschäftigen möchte, aus Steuergründen dagegen entscheiden.»

Das heutige starre Pensionsalter mindert nicht nur das Wachstumspotenzial der Wirtschaft, sondern schadet auch den älteren Arbeitnehmern. Denn der fixe Austrittstermin führt dazu, dass die Unternehmen weniger in diese Angestellten investieren. Dadurch verlieren sie an Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt. Anschauungsunterricht bietet die Anpassung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre. In einer Studie mit der Freiburger Ökonomin Ann Barbara Bauer konnte Reiner Eichenberger nachweisen, dass in der Folge die Weiterbildung bei den 55- bis 63-jährigen Frauen zunahm und auch ihre Produktivität anstieg.

«Um das Potenzial der älteren Arbeitnehmer besser auszuschöpfen, ist eine anreizorientierte Flexibilisierung des Rentenalters die am besten geeignete Massnahme», urteilt Eichenberger, «dagegen verbessert eine pauschale Erhöhung der Pensionsgrenze die Chancen der Älteren auf dem Arbeitsmarkt kaum.» Die einfachste Lösung wäre es daher, die enorme Steuerprogression auf dem Erwerbseinkommen nach 65 zu reduzieren und die Beitragssätze in der ersten und zweiten Säule zu senken.

Stattdessen plant die Rentenreform das Gegenteil: Heute ist der Lohn bis 16 800 Fr. pro Jahr für Rentner nicht AHV-pflichtig. Dieser Freibetrag würde gestrichen. Zwar wären AHV-Einzah-

Berechnung am Beispiel der Stadt Bern

Steuerlast steigt auf das Doppelte bis Dreifache

	Alleinstehender			Ehepaar		
	vor 65	nach 65 mit Rente	nach 65 mit Arbeit	vor 65	nach 65 mit Rente	nach 65 mit Arbeit
Erwerbseinkommen	90 000	–	90 000	2×90 000	–	90 000
AHV-Rente	–	28 200	28 200	–	42 300	42 300
Pensionskassenrente	–	30 000	30 000	–	60 000	60 000
Bruttoeinkommen total	90 000	58 200	148 200	180 000	102 300	192 300
Steuerbares Einkommen	63 000	58 200	126 000	108 000	102 300	163 000
Steuerbelastung	13 336	11 843	34 346	23 058	21 020	43 125
AHV-Beiträge ohne Rentenbildung ¹	–	–	3755	–	–	3755
Belastung total	13 336	11 843	38 101	23 058	21 020	46 880
Differenz mit/ohne Arbeit nach 65			26 258			25 860
Steuern Eigenheim ²	2853	2689	3788	3169	2971	4027

¹ 5,13% von 73 200 Fr. (90 000 Fr. minus AHV-Freibetrag 16 800 Fr.) ² Nettoeigenmietwert 10 000 Fr.

Quelle: PensExpert, Steuertarife der Stadt Bern

lungen ab 65 künftig rentenbildend, aber nur für jene rund 50% der Pensionäre, welche nicht die Maximalrente erhalten.

Aufschub ist unbeliebt

Überdies bewirkt die Vorlage, dass sich ein Aufschub der AHV-Rente noch weniger lohnt als bisher. Schon heute entscheidet sich nur gerade 1% der Rentner für einen solchen Schritt: Wer bis 70 auf die AHV wartet, kann seine Rente bis anhin um 31,5% erhöhen. Die Reform will diesen maximalen Zuschlag auf 25,7% sen-

ken. Umgekehrt soll eine Frühpensionierung mit vorzeitigem Rentenbezug attraktiver werden.

Eine gewisse Flexibilisierung bringt die Vorlage zwar, indem künftig ein schrittweiser Bezug der Pensionskassenleistungen erlaubt wird. «Doch insgesamt werden die Regelungen in der Vorsorge immer komplizierter», kritisiert Odermatt von PensExpert, «dabei ist man als Laie schon heute völlig überfordert.»

Der Bundesrat hat die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials eigentlich zu

einem Legislaturziel erklärt. Im Zuge der Rentenreform hätte er Anreize schaffen können, um die freiwillige Beschäftigung nach 65 zu fördern. Doch pragmatische Vorschläge haben derzeit einen schweren Stand. Zu sehr hat sich die Debatte zum politischen Grabenkampf entwickelt.

Der Mangel an Fachkräften zeichnet sich schon jetzt deutlich ab. Trotzdem bleibt die Politik untätig. Damit werden motivierte Leute aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt - nicht zuletzt zum Schaden der Sozialwerke selber.

ANZEIGE



Pensionskasse für KMU

ANZEIGE

Mit Migros Bank Fonds ordentlich zulegen.